

## **Mecklenburg-Vorpommern in Europa, Europa in Mecklenburg-Vorpommern**

- *Die Linke in Mecklenburg-Vorpommern setzt sich dafür ein, die großen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Möglichkeiten der europäischen Integration und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Ostseeraum aktiv zu nutzen und intensiv zu entwickeln.*
- *Wir befürworten und verteidigen die europäische Einigung, den Beitritt weiteren Staaten zur EU und die weitere Vertiefung der europäischen Integration. Gerade aus diesen Gründen kritisieren wir aber die gegenwärtigen Vertragsgrundlagen und die Politik der EU, deren einseitige Marktorientierung Demokratie, die wirtschaftspolitischen Gestaltungsspielräume des Bundeslandes und der Kommune, sozialen Zusammenhalt und Ökologie gefährdet und neuen Nationalismus nicht eindämmt. Wir setzen uns für eine demokratische und soziale Orientierung der europäischen Verträge und Politik und für die Entwicklung einer strategischen Partnerschaft der EU und eine intensive Kooperation Mecklenburg-Vorpommerns mit Russland ein.*
- *Die Linke wird ihre Politik gegen Nationalismus, Neonazismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus konsequent fortsetzen und alle Bemühungen unterstützen, ihnen jeden politischen, sozialen und kulturellen Boden im Land zu entziehen.*
- *Wir sind ein aktiver Teil der breiten Antikriegstimmung in Mecklenburg-Vorpommern und wollen mit unserer gesamten Politik dazu beitragen, dass sie weiter gestärkt und bundespolitisch genutzt wird.*
- *Die Linke in Mecklenburg-Vorpommern sieht in der Entwicklung und aktiven Förderung grenzüberschreitender Kooperation und Vernetzung in Wirtschaft, Forschung, Bildung und Kultur, insbesondere mit Polen sowie im gesamten Ostseeraum eine der größten Chancen für eine neue und positive politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung des Landes, für eine nachhaltige Regionalisierung und konsequente Ökologisierung der Wirtschaftspolitik und insbesondere auch für eine neue Entwicklungsperspektive Vorpommerns.*

1.

Es gibt nur wenige Regionen in Europa mit einer so zentralen Lage wie Mecklenburg-Vorpommern zwischen Nord- und Südeuropa, West- und Osteuropa. Mit Polen gibt es eine gemeinsame Grenze, mit Schleswig-Holstein, den skandinavischen Ländern, Polen, den baltischen Republiken und Russland teilt das Land sich in den Ostseeraum und seinen großen kulturellen, wirtschaftlichen, ökologischen, maritimen und verkehrspolitischen Entwicklungschancen und Herausforderungen. Bedeutende Bevölkerungs-, Kultur- und Wirtschaftszentren wie Berlin, Hamburg, Kopenhagen, Malmö, Kiel, Lübeck und Szczecin liegen nahe an den Landesgrenzen.

Die Europäische Union, ihre Vertragsgrundlagen und ihre Politik bilden einen für die Landesentwicklung entscheidenden Rahmen. Positives und Negatives, große Möglichkeiten und Hemmnisse für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns liegen nahe bei einander.

Die Linke in Mecklenburg-Vorpommern befürwortet und verteidigt die europäische Einigung und Integration aktiv und aus grundsätzlichen Erwägungen. Das jedoch bedeutet für uns, unbeirrbar für eine soziale, ökologische, friedliche und demokratische Ausgestaltung der EU-Politik und –Entwicklung einzutreten, zumal die herrschende marktradikale Orientierung die EU und ihre Gesellschaften sozial spaltet und Renationalisierung und Nationalismus begünstigen. Die Ausmerzung von Krieg und des aggressiven Nationalismus der

Vergangenheit zwischen den EU-Mitgliedsländern gehören zu den größten Errungenschaften der europäischen Einigung. Sie müssen bewahrt, gesichert und über die EU hinaus praktiziert werden – gegenüber unserer europäischen Nachbarschaft und weltweit. Die Ablehnung von Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und militärischer Interventionspolitik ist bei der Mehrheit der Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns tief verankert. So begrenzt Landespolitik auf eine entsprechende Bundes- und EU-Politik Einfluss nehmen kann, aktives Engagement auf diesen Gebieten gehört auch zu unserem landespolitischen Profil. In der Bildungs-, Kultur- und Jugendpolitik müssen die Grundlagen dafür gefestigt werden. Gegen Neonazismus, Fremdenfeindlichkeit, Antieuropäismus und Nationalismus und sie begünstigende soziale, wirtschaftliche und kulturelle Bedingungen wird die Linke in Mecklenburg-Vorpommern weiter vorbehaltlos mit allen demokratischen Kräften des Landes zusammenarbeiten.

Die europäische Integration hat sich für Mecklenburg-Vorpommern auch wirtschaftlich, sozial und durch die finanzielle Unterstützung des tiefen Wandels nach 1990 sowie durch offene Grenzen und menschliche Begegnung in vielfacher Hinsicht als ein großer Gewinn, mehr noch aber als eine bisher unzureichend genutzte Chance erwiesen, die großen strukturellen wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche für eine zukunftsorientierte, nachhaltige Entwicklung zu nutzen. In einem besonderen Maße trifft dies für die östlichen Regionen des Landes zu.

Zugleich ist jedoch festzustellen, dass die Bundes- und die EU-Politik sowie die Gestaltung ihrer verfassungsrechtlichen und vertraglichen Grundlagen die Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns (und der anderen Bundesländer und der Kommunen), die im Grundgesetz zwischen Bund und Ländern geteilten Souveränitätsrechte sowie die Gestaltungsmöglichkeiten von Landespolitik im allgemeinen, von Sozial- und Strukturpolitik im besonderen tendenziell und ungeachtet des demokratischen Wählerinnen- und Wählerwillens immer stärker eingengt hat und teilweise akut gefährdet. Das ist umso problematischer angesichts der strukturellen wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes und je mehr auf Landesebene eine zur neoliberalen Markt- und Wettbewerbspolitik gewählt und von Landesregierungen umgesetzt werden will.

Linke Politik muss und wird sich daher auch auf Landesebene gegen neoliberale Politik der EU und des Bundes wenden und den sozialen und politischen Widerstand gegen sie unterstützen und sich für eine Veränderung der europäischen Vertragsgrundlagen einsetzen, die eine demokratische, subsidiäre, soziale, ökologische und friedliche Orientierung der EU-Politik fördert. Es ist und wird auch in Zukunft nicht das Problem der Linken in Mecklenburg-Vorpommern sein, dass die europäische Integration und ihre von uns unterstützte weitere Vertiefung auch Eingriffe in die nationalstaatliche Souveränität, da diese in Deutschland verfassungsrechtlich zwischen Bund und Ländern geteilt ist, auch in die Rechte der Bundesländer bedeutet, so lange dieser Prozess demokratisch und sozial, und vom Willen der Bürgerinnen und Bürger geleitet, gestaltet wird. Jedoch sieht es die Linke als problematisch an, dass in Artikel 3 des „Vertrages über die Europäische Union“ die unterstützenswerten Ziele „nachhaltiger Entwicklung“, einer „sozialen Marktwirtschaft“, der „Vollbeschäftigung“ und des „sozialen Fortschritts“ nicht als Grundorientierungen der gesamten Politik, sondern als Bestandteile der Errichtung des Binnenmarktes formuliert und ihm damit untergeordnet sind (der entsprechende Absatz 3 wird eingeleitet mit dem Satz: „Die Union errichtet einen Binnenmarkt.“<sup>1</sup>) und „Grundlage“ sind eben nicht die politischen und sozialen Ziele, sondern sollen Wirtschaftswachstum und Preisstabilität“ sein. Diese

---

<sup>1</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: Vertrag von Lissabon“, Bonn 2010, S. 34

grundsätzliche Orientierung auf den „freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital“ (Art. 26) wird im dritten Teil des Vertrages „Die internen Politiken und Maßnahmen der Union“ nicht zufällig gleich im „Titel I Der Binnenmarkt“ rechtlich verbindlich für die Mitgliedsländer (und als wohl konkreteste und damit wirkungsvollste Grundlage für die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes) ausgeführt und allen anderen Orientierungen und rechtlichen Festlegungen des Lissaboner Vertrages übergeordnet, während der Spielraum für Ausnahmen, die sich beispielsweise aus dem „unterschiedlichen Entwicklungsstand“ der Volkswirtschaften ergeben, lediglich von der Kommission „berücksichtigt“ werden „kann“.<sup>2</sup> Das wird im rechtlich und politisch zentralen Teil des Lissaboner Vertrages, „Titel VII Gemeinsame Regeln betreffend Wettbewerb, Steuerfragen und Angleichung der Rechtsvorschriften“<sup>3</sup> und im „Titel VIII Die Wirtschafts- und Währungspolitik“<sup>4</sup> besonders deutlich. Im letzteren (Artikel 119, Absatz 3) wird für die gesamte Tätigkeit der Mitgliedsländer und der Europäischen Union „im Sinne des Artikels 3“ (der die Ziele der Union definiert, darunter Frieden, ein „Raum der Freiheit“, der Binnenmarkt die Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung sowie Armut, sozialer und territorialer Zusammenhalt, nachhaltige Entwicklung)<sup>5</sup> der Monetarismus zur Voraussetzung bestimmt.<sup>6</sup> Im Titel VII wird der freie Wettbewerb und Binnenmarkt, auch für öffentliche Unternehmen<sup>7</sup> und Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse juristisch bindend festgeschrieben, während Ausnahmen und Beihilfen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in benachteiligten Gebieten und selbst zur Förderung der Kultur und des kulturellen Erbes lediglich als „mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen werden können“<sup>9</sup> und einstimmiger Ratsbeschlüsse bedürfen<sup>10</sup>. Auf diesen rechtlichen Grundlagen kam es in der Vergangenheit zu Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof und zu dessen Urteilen gegen Entsendebestimmungen und die tarifliche Bindung von öffentlichen Aufträgen und selbst gegen das Grundrecht auf Streik.

2.

In der konkreten Politik der Europäischen Union bis 2020 wie sie in der Mitteilung der Kommission „Europa 2020“<sup>11</sup> und in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates<sup>12</sup> im März 2010 in Nachfolge der gescheiterten Lissabon-Strategie von 2000 konzipiert wurde, wird die auf die Dominanz der (Binnen-)Marktentwicklung und den freien Wettbewerb erneut festgeschrieben. Mit ihr drohen auch weitere schwerwiegende Eingriffe in die demokratische Gestaltung von Landespolitik in Deutschland. „Europa 2020“ soll zwar „eine Vision der europäischen sozialen Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts“ skizzieren<sup>13</sup> und enthält „Kernziele“, die auch die Linke als soziale, ökologische und energie- und bildungspolitische Mindestorientierungen unterstützt, wenngleich insbesondere die klimapolitischen Ziele unzureichend sind, aber erstens wird der monetaristische und marktliberale „Stabilitäts- und

---

<sup>2</sup> Artikel 27, ebenda, S. 75

<sup>3</sup> ebenda, S. 102 - 109

<sup>4</sup> ebenda, S. 110 - 123

<sup>5</sup> ebenda, S. 34

<sup>6</sup> „Diese Tätigkeit („im Sinne des Artikels 3“; d.A.) der Mitgliedstaaten und der Union setzt die Einhaltung der folgenden richtungsweisenden Grundsätze voraus: stabile Preise, gesunde öffentliche Finanzen und monetäre Rahmenbedingungen sowie eine dauerhaft finanzierbare Zahlungsbilanz.“; ebenda, S. 110)

<sup>7</sup> Artikel 106, Absatz 1; ebenda, S. 104

<sup>8</sup> Artikel 106, Absatz 2, ebenda

<sup>9</sup> Artikel 107, Absatz 3, ebenda, S. 105

<sup>10</sup> Artikel 108, Absatz 2, ebenda, S. 106

<sup>11</sup> Europäische Kommission, Mitteilung der Kommission, Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, Brüssel, den 3.3.2010, KOM (2010) 2020 endgültig

<sup>12</sup> Europäischer Rat, Europäischer Rat, Tagung am 25./26. März 2010: Schlussfolgerungen, Brüssel, den 26. März 2010, EUCO 7/10

<sup>13</sup> KOM (2010) 2020, a.a.O., S. 5

Wachstumspakt“<sup>14</sup> für sakrosankt erklärt<sup>15</sup>, zweitens sind die fünf vorgegebenen Ziele (72 Prozent der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren „sollten“ ! in Arbeit stehen; 3 % des BIP „sollte“ ! für Forschung und Entwicklung aufgewendet werden ; die 20-20-20-Klimaziele „sollten“ ! erreicht werden; die Anzahl der Schulabbrecher „sollte“ ! auf unter 10 % gesenkt werden; die Zahl der armutsgefährdeten Personen „sollte“ ! um 20 Millionen sinken) letzten Endes für die Mitgliedsländer unverbindlich, drittens bleiben Binnenmarkt und freier Wettbewerb für Kommission und Rat nicht nur die entscheidenden Instrumente, sondern auch die eigentlichen Ziele. Schritte zu einer Europäischen Sozialunion fehlen gänzlich. Dagegen heißt es ausdrücklich, dass „insbesondere der Binnenmarkt“ voll in den Dienst dieser Strategie gestellt wird (hier wird nicht von „soll“ gesprochen)<sup>16</sup>. Im Abschnitt 3.1. wird hervorgehoben: „Ein stärkerer, vertiefter und erweiterter Binnenmarkt ist für Wachstum und Beschäftigung von fundamentaler Bedeutung.“<sup>17</sup> und: „Mit ihrer Wettbewerbspolitik wird die Kommission gewährleisten, dass der Binnenmarkt ein offener Markt bleibt...“<sup>18</sup> In der Argumentation wird bezeichnenderweise auch kritisch angemerkt, dass die Europäer im Durchschnitt 10 % weniger Arbeitsstunden als ihre amerikanischen oder japanischen Kollegen leisten.<sup>19</sup> Folgerichtig werden die Kommission und die Mitgliedsstaaten auf eine „zweite Phase der Flexicurity-Agenda“ verpflichtet<sup>20</sup>, mit der in den vergangenen Jahren der Druck auf Beschäftigte und Arbeitslose enorm erhöht und die soziale Spaltung der EU-europäischen Gesellschaften gefährlich vertieft wurde. Die Linke kritisiert auch den offensichtlichen Demokratiemangel dieser Strategie. Während der Rat „für die neue Strategie verantwortlich“ zeichnet und die Kommission ihr Vorschlagsmonopol verteidigt, sollen das Europäische Parlament „einen wichtigen Beitrag zur Mobilisierung der Bürger leisten und bei bedeutsamen Vorhaben als Mitgesetzgeber fungieren“, „die EU-Ausschüsse, die nationalen Parlamente, die nationalen., regionalen und kommunalen Verwaltungen (von Landesparlamenten, Landesregierungen, die in föderalen Staaten Souveränitätsrechte haben, und von den Kommunalvertretungen ist nicht die Rede; A.B.), die Sozialpartner, sonstige Beteiligte sowie die Zivilgesellschaft“ dürfen „Partnerschaft“ bei der Umsetzung der Strategie gewährleisten.<sup>21</sup>

In den sieben für die EU und für die Mitgliedstaaten – anders als die „Kernziele“ – verbindlichen „Leitinitiativen“ zur Umsetzung der „Strategie Europa 2020“<sup>22</sup> werden (neben einzelnen von uns unterstützten Maßnahmen) im Sinne von Marktdominanz und freiem Wettbewerb auch direkte Eingriffe in die demokratischen, sozialen und wirtschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten von Kommunen, Landkreisen und Bundesländern offenbar, die für eine alternative, soziale und regional orientierte Wirtschaftspolitik äußerst gefährlich sind. Das betrifft insbesondere

- die primär marktorientierte Entwicklung der „digitalen Gesellschaft“<sup>23</sup>,
- die dominante Exportorientierung der Industrie- und Wirtschaftspolitik<sup>24</sup>,
- die Festschreibung der „Vollendung des Energie-Binnenmarktes“<sup>25</sup> im Interesse der Energiemultis, mit der eine alternative und dezentrale Energiepolitik wie sie vor allem

---

<sup>14</sup> Entschließung des europäischen rates über den Stabilitäts- und Wachstumspakt, amsterdam, 17. Juni 1997, Amtsblatt der Europäischen Union, C236 vom 2.8.1997

<sup>15</sup> ebenda, S. 6

<sup>16</sup> ebenda

<sup>17</sup> ebenda, S. 24

<sup>18</sup> ebenda, S. 25

<sup>19</sup> ebenda, S. 8

<sup>20</sup> ebenda, S. 22

<sup>21</sup> ebenda, S. 7

<sup>22</sup> ebenda, S. 6

<sup>23</sup> ebenda, S. 15 und 16 F.

<sup>24</sup> ebenda, S. 17

Hermann Scheer ebenso radikal wie realistisch konzipiert und im Landeswahlprogramm der SPD und Hessen durchgesetzt hatte, kaum noch landespolitisch realisierbar wäre<sup>26</sup> (positiv ist allerdings die Absicht der Kommission, „intelligente Netze mit Zusammenschaltungen vor allem der erneuerbaren Energiequellen mit dem Netz“ zu fördern),

- die Verpflichtung auf „die zweite Phase der Flexicurity-Agenda“,
- die „vollständige Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie“ zur Schaffung des „offenen Dienstleistungs-Binnenmarktes“, mit der eine weitere europäische Tendenz des Lohn- und Sozialdumpings vor allem in Dienstleistungs- und Handwerksunternehmen und Rechtsunsicherheit für Verbraucherinnen und Verbraucher droht,
- die Wiederaufnahme der Kommissionspolitik zur „Modernisierung des urheber- und markenrechtlichen Rahmens“<sup>27</sup>, der nach allen bisherigen Erfahrungen mit der Kommission insbesondere für KMU im IT-Bereich, freie Software und die Freiheit im Internet bedrohlich sein kann,
- die Festlegung, dass bei der Vergabe der öffentlichen Mittel „die Beschaffungsmärkte EU-weit offen bleiben“ müssen<sup>28</sup>,
- die beabsichtigten Eingriffe der Kommission in die Bildungs- und Hochschulpolitik, zumal sie ausschließlich von den Interessen des Marktes und in keiner Weise von Zielen wie universeller Bildung, sozialer Kompetenz oder Weltoffenheit bestimmt sind.<sup>29</sup>

Die Linke in Mecklenburg-Vorpommern lehnt daher die Fortsetzung der sozial, wirtschaftlich und finanzpolitisch desaströsen Lissabon-Strategie in neuer und sozial verbrämter Gestalt konsequent ab. Während die Kommission anonym davon redet, dass „die Krise ... Jahre des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts zunichte gemacht (hat)“<sup>30</sup> und auf die dringend notwendigen weitreichenden Festlegungen zur wirksamen Regulierung der Finanzmärkte, Banken, Versicherungen und Fondsgesellschaften verzichtet<sup>31</sup>, sagen wir, dass die marktliberale Wirtschafts- und Finanzpolitik der Europäischen Union und der Mitgliedsländer diese Krise wesentlich verursacht hat und daher grundlegend geändert werden muss. Nur eine demokratische Sozialunion kann auf Dauer die europäische Einigung und Integration sowie den sozialen Zusammenhalt in den Gesellschaften und in der EU gewährleisten. Mit dieser Position ist die Linke in Mecklenburg-Vorpommern eine Partei, für die soziale Gerechtigkeit und Sicherheit sowie proeuropäische Politik untrennbar verknüpft sind.

3.

Für die nach wie vor dringend erforderliche besondere Förderung der ostdeutschen Wirtschaft und die gesamte gesellschaftliche Entwicklung in den ostdeutschen Bundesländern sind damit äußerst kritische Rahmenbedingungen vorgegeben, zumal auf Vorschlag der Kommission der Rat fünf Jahre nach Inkrafttreten des Lissaboner Vertrages auch die Ausnahmemöglichkeiten nach Artikel 98 zur Infrastrukturentwicklung in Ostdeutschland aufheben kann.<sup>32</sup> Angesichts großer und zum Teil sogar weiter wachsender struktureller Rückstände der ostdeutschen Wirtschaft im allgemeinen und jener in Mecklenburg-Vorpommern im besonderen wendet sich die Linke entschieden gegen diese Möglichkeit und setzt sich im Gegenteil aus

---

<sup>25</sup> ebenda, S. 19

<sup>26</sup> siehe Hermann Scheer: „Die postfossile Zukunft“, *Le Monde diplomatique*, Deutsche Ausgabe, 9. 6. 2006

<sup>27</sup> KOM (2010) 2020, a.a.O., S. 15 und S. 21

<sup>28</sup> ebenda, S. 31

<sup>29</sup> ebenda, S. 16

<sup>30</sup> ebenda, S. 5

<sup>31</sup> ebenda, S. 29 f.

<sup>32</sup> Vertrag von Lissabon, a.a.O., S. 101

wirtschafts- und sozialpolitischen Erwägungen und zur Sicherung der verfassungsrechtlichen und demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten von Landespolitik dafür ein, rechtliche und finanzielle Spielräume für strukturell und sozial benachteiligte Regionen zu erhalten und auszubauen. Dafür wäre insbesondere die Einbeziehung der Arbeitslosenzahlen in die Förderkriterien (neben dem bislang bestimmenden Kriterium der Wirtschaftskraft pro Kopf der Bevölkerung) eine effektive Möglichkeit. Für die Entwicklungsmöglichkeiten von Wirtschaft und Beschäftigung ist zudem der weitere Ausbau und Förderung grenzüberschreitender Infrastrukturen in Wirtschaft, Bildung und Ausbildung, Kultur, Forschung und Verkehr, insbesondere mit Polen, Russland und im gesamten Ostseeraum von anhaltender Bedeutung.

Aus dem gleichen Grund wird sich die Linke gegen eine pauschale und allein an der Größe der landwirtschaftlichen Unternehmen orientierte Änderung der EU-Agrarförderung wenden, die bereits zur einseitigen Kürzung bei den ostdeutschen Großbetrieben führt, die im Zuge des Agrar-„Health-Checks“ rund neunzig Prozent der Kürzungen für die gesamte deutsche Landwirtschaft tragen mussten. Vor allem die LPG-Nachfolgebetriebe sind für die landwirtschaftlichen Strukturen, die Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaften, die Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns und für das soziale und kulturelle Leben im ländlichen Raum in Ostdeutschland von größter Bedeutung. Die Linke unterstützt die Abkehr der EU-Agrarförderung von Produktionssubventionierungen und der Neuausrichtung an Bioproduktion, Ökolandbau, an Verbraucher- und Tierschutzinteressen sowie der Entwicklung des ländlichen Raumes. Sie fordert jedoch die Zahl und Qualität von Beschäftigung in den landwirtschaftlichen Unternehmen, ihre Rolle für Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaften und Umwelt sowie der ländlichen Entwicklung konsequent zu berücksichtigen und die Entwicklung von neuen, konsequent ökologischen Produkten und Verwendungsverfahren intensiv zu unterstützen..

Neben der aktuellen Bundespolitik, die gleichermaßen vom radikalen Vorrang der Marktfreiheit geprägt ist, stellen die europäischen Vertragsgrundlagen, anderen rechtlichen Bestimmungen und die Politik der EU eine enge juristische und politische Fessel für alternative, vor allem sozial, beschäftigungs- und regionalpolitisch bestimmte Politik der Staaten und der Bundesländer dar. Bei allen Modifizierungen gegenüber dem ursprünglichen Verfassungsvertrag bleibt der Lissaboner Vertrag eine verfassungsrechtliche Festlegung auf wirtschaftliche Marktfreiheit als die gesamte Entwicklung und Politik der EU bestimmende Rechtsnorm und Politik und damit ein eklatanter Widerspruch zum Prinzip der Demokratie und freier Wahlen, in denen die Wählerinnen und Wähler als Souverän auch die Möglichkeit haben müssen, mehrheitlich eine andere Politik und Wirtschaftsordnung zu wählen. Der beharrliche und fortgesetzte Einsatz für eine soziale und demokratische Neuorientierung der EU und ihrer Vertragsgrundlagen bleibt daher für die Linke in Mecklenburg-Vorpommern sowohl ein Merkmal ihres prinzipiellen proeuropäischen Engagements als auch eine landespolitische Frage und liegt im Interesse des Landes, der demokratischen und sozialen Gestaltungsmöglichkeiten von Landespolitik und der Überwindung der bedrohlichen strukturellen Defizite.

4.

Für die Linke sind regionale Wirtschaftskreisläufe und Binnenmarktorientierung aufgrund ihrer wirtschaftlichen, beschäftigungspolitischen, sozialen, ökologischen, struktur- und regionalpolitischen Grundorientierung primär. Sie entsprechen auch den Interessen und besonderen Möglichkeiten der in der Wirtschaft des Landes vorherrschenden klein- und mittelständigen Unternehmen. Die lokalen Märkte allein werden eine selbsttragende Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern nicht gewährleisten. Dazu gehört daher und als

Schwerpunkt einer modernen Landespolitik auch die regionale Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinaus, insbesondere im Ostseeraum und in der deutsch-polnischen Region um Szczecin „als transnationaler Stadt-Umland-Region“<sup>33</sup>. Sie ist eine der größten und komplexen, bislang ungenügend erschlossenen Entwicklungsressourcen für Mecklenburg-Vorpommern, vor allem für das von besonderen wirtschaftlichen, beschäftigungspolitischen, sozialen, demografischen und politischen Problemen und Herausforderungen gekennzeichnete Vorpommern, die unumkehrbar negativen Charakter anzunehmen drohen. Die Euroregion POMERANIA, die auf polnischer Seite die Stadt Szczecin und weitere 114 Gemeinden und Städte der gesamten Wojedwodschaft Zachodniopomorskie umfasst mit ca. 1,7 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern, in Schweden die Region Skane mit 1,16 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern sowie in der Bundesrepublik Deutschland die brandenburgischen Landkreise Barnim und Uckermark und die Landkreise und kreisfreien Städte Uecker-Randow, Ostvorpommern, Nordvorpommern, Rügen, Demmin, Mecklenburg-Strelitz, Greifswald, Stralsund und Neubrandenburg mit 1,04 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern<sup>34</sup> stellt geografisch, politisch und konzeptionell einen ausgesprochen vorteilhaften institutionellen Rahmen für die grenzübergreifende und gemeinsame Entwicklung der Gesamtregion dar, zumal sie vertraglich auch für dänische Gemeinden offen steht. Mit dem „Grenzüberschreitenden Entwicklungs- & Handelskonzept der Euroregion POMERANIA“<sup>35</sup> und seiner Fortschreibung bis 2013<sup>36</sup> liegen nicht nur eine gründliche Analyse und ein detailliertes Handlungskonzept für die weitere Entwicklung und Zusammenarbeit in der Euroregion vor. Auf ihrer Grundlage sind trotz der in Polen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg bekanntermaßen schwierigen Ausgangsbedingungen durch eigene Anstrengungen der Partner und weitgehend effektive Nutzung der europäischen und anderen Förderinstrumente zahlreiche positive Ergebnisse in der regionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erreicht worden.<sup>37</sup> Unter den Euroregionen, an denen ostdeutsche Bundesländer beteiligt sind, nimmt die POMERANIA, erstrebt wenn man die besonders schwierigen wirtschaftlichen, sozialen, demografischen und verkehrlichen Bedingungen nimmt, einen Spitzenplatz ein. Ihre Arbeit und deren weitere Ausdehnung wird von der Linken auch mit Blick auf die besonderen Entwicklungserfordernisse in Vorpommern beständig unterstützt werden.

Auch wenn die Euroregion sich in ihrem Handlungs- und Entwicklungskonzept den Zielen der Lissabon-Strategie verpflichtet sieht<sup>38</sup> und selbst die Gefahr feststellt, dass in Folge globaler Herausforderungen, sich der Druck erhöht, „sich auf die eigenen Wettbewerbsvorteile und Erneuerung zu konzentrieren“<sup>39</sup>, werden ihre Grundprinzipien der regionalen und grenzübergreifenden Kooperation, des Anknüpfens am vorhandenen Potenzial, gemeinsamer und ökologisch, wirtschaftlich, sozial nachhaltiger Entwicklung, der Vernetzung und komplexer Lösungsansätze von der Linken geteilt. Sie sind beispielhaft für die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, wie sie das Land mit seinen Nachbarn in der Ostseeregion anstreben sollte.

---

<sup>33</sup> Euroregion POMERANIA, Fortschreibung Grenzüberschreitendes Entwicklungs- & Handlungskonzept der Euroregion POMERANIA für den Zeitraum 2007 – 2013 (EHK), S. 12

<sup>34</sup> ebenda, S. 9

<sup>35</sup> Siehe: Euroregion POMERANIA, Grenzüberschreitendes Entwicklungs- & Handlungskonzept der Euroregion POMERANIA für den Zeitraum 2000 – 2006. Bericht 1999

<sup>36</sup> Fortschreibung, a.a.O.

<sup>37</sup> Beide Berichte geben eine umfassende, differenzierte Übersicht über die einzelnen Maßnahmen, ergebnisse und die institutionellen Formen der Kooperation.

<sup>38</sup> Fortschreibung, a.a.O., S. 6

<sup>39</sup> ebenda, S. 205

Die in der POMERANIA als besonderer Schwerpunkt angesehene und praktizierte regionale und grenzübergreifende Vernetzung (von kommunalen Aktivitäten, Unternehmen, Bildungs-, Hochschul- und Forschungseinrichtungen, kulturellen und zivilgesellschaftlichen Akteuren) sowie die Cluster-Bildung und –Förderung sind in Mecklenburg-Vorpommern durch die geringe Bevölkerungsdichte und relativ schwache regionale Märkte, die Dominanz von Klein- und Kleinstunternehmen in der Wirtschaft, Kapitalschwäche, aber auch durch oft zu geringe Sprachkompetenz, die Finanzprobleme von Kommunen und Vereinen und immer noch zu wenig entwickelte Erfahrungen mit europäischer und anderer internationaler Zusammenarbeit mit besonders großen Problemen konfrontiert, so dass Roland Gießelbach vom Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern in einer Anhörung im Deutschen Bundestag am 12. November 2007 Begriffe wie „Metropolregionen“, „Cluster“ oder „Leuchttürme“ für das Land akademisch nannte.<sup>40</sup> Die Erfahrungen der POMERANIA, aber auch beispielsweise des IT-Netzwerkes in Putbus und anderer Netzwerke, insbesondere des biotechnologischen und gesundheitswirtschaftlichen Netzwerkes BioCon Valley und seiner Partner, darunter seiner Einbindung in die ScanBalt-Initiative zeigen jedoch, dass insbesondere die Möglichkeiten baltischer Zusammenarbeit, neuer Technologien, Arbeitsplätze und Märkte für Mecklenburg-Vorpommern ohne regionale und internationale Vernetzung, gemeinsame Marktarbeit und ohne Vernetzung von Universitäten und Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen, Kommunen sowie deren aktiver politischer und institutioneller Unterstützung nicht erschlossen werden können. Die Arbeit von BioCon Valley<sup>41</sup> hat nicht nur wesentlich zu modernen Unternehmensansiedlungen mit hochqualifizierten Arbeitsplätzen in Mecklenburg-Vorpommern, zur Akquirierung bedeutsamer Forschungs- und anderer Projekte sowie europäischer und weiterer Fördermittel für das Land und zur internationalen Vermittlung seiner Stärken und Zukunftspotenziale beigetragen, sondern auch dazu, dass die angesichts der demografischen Veränderungen und der Wirtschafts- und Beschäftigungsaussichten immer wichtigere Gesundheitswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern mit einem Umsatz von ca. 4 Mrd. Euro inzwischen einen vergleichbaren Beitrag zur Wirtschaft des Landes beiträgt wie der Tourismus und die Landwirtschaft/Ernährungswirtschaft.<sup>42</sup> Für die Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns und seine europäische und internationale Kooperation sind die Gesundheitswirtschaft und –forschung sowie die Biotechnologien von strategischer Bedeutung. Die Linke wird die politische Unterstützung dieser Arbeit und die Konzepte horizontaler und vertikaler, regionaler und grenzübergreifender Vernetzungen weiter energisch unterstützen.

4.

Die Bedeutung des Außenhandels für die Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns ist gemessen an seiner Rolle für die gesamte Wirtschaft der Bundesrepublik gering und widerspiegelt strukturelle Defizite. Diese Tatsache erwies sich in der Krise ab Ende 2008 allerdings durchaus auch als Vorteil und als strategische Chance (so lange sie nicht fundamental verabsolutiert wird), da die geringe internationale wirtschaftliche Abhängigkeit und die starke (regionale) Binnenmarktorientierung sich krisenbegrenzend zeigten. So ging in der Krise 2009 der Export des Landes um 15,0 Prozent zurück, darunter vor allem in der gewerblichen Wirtschaft (-27,6 Prozent)<sup>43</sup>, während sich die Binnenwirtschaft weitgehend stabil zeigte, wobei jedoch die Binnenkaufkraft in Mecklenburg-Vorpommern nach wie vor relativ gering ist. Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen bedeutet jedoch auch die Potenziale regionaler Zusammenarbeit über die Landes- und Staatsgrenze hinaus stärker zu nutzen. Hier sind trotz wichtiger Fortschritte unzureichend genutzte Möglichkeiten für die

---

<sup>40</sup> <http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2007/regionalfoederung/index.html>

<sup>41</sup> BioCon Valley, Annual Report. Jahresbericht 2008, Greifswald o. J.

<sup>42</sup> ebenda, S. 7

<sup>43</sup> MVticker, 15.03.2010, Statistisches Am Mecklenburg-Vorpommern, Presseinformation 30/2010

Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns unübersehbar. Auch wenn es gesellschaftspolitisch nicht nur eine wünschenswerte, sondern verfassungsrechtlich, wirtschaftlich, finanzpolitisch, kulturell und für den sozialen Zusammenhalt der bundesrepublikanischen Gesellschaft unaufgebbare Zielsetzung ist, den wirtschaftlichen Rückstand substanziell zu verringern, muss realistischerweise von seiner Fortexistenz in den nächsten ein, zwei Jahrzehnten ausgegangen werden. Einer politischen Strategie, die grenzüberschreitende Kooperation umfassend zu entwickeln, kommt daher für Mecklenburg-Vorpommern besondere Bedeutung zu.

Bei einer Bruttowertschöpfung 2008 von 32, 17 Mrd. Euro<sup>44</sup> betrug der Außenhandel des Landes vor 10, 356 Mrd. Euro (Einfuhr 4,383; Ausfuhr 5,973 Mrd. Euro)<sup>45</sup>. Da ein Teil der Im- und Exporte jedoch nicht in Mecklenburg-Vorpommern produziert, bearbeitet oder verbraucht wurden, sondern in andere Länder der Bundesrepublik oder wieder in das Ausland weitergeleitet wurden (eine Abgrenzung ist lt. Statistischem Amt Mecklenburg-Vorpommern nicht möglich<sup>46</sup>), betrug die Ausfuhren insgesamt real nur 0,6 Prozent der bundesdeutschen Exporte und die Einfuhren nur 0,5 Prozent der bundesdeutschen Importe (bei einem Anteil von 1,4 Prozent am Bruttoinlandsprodukt der BRD)<sup>47</sup>. Die außenwirtschaftliche Verflechtung liegt damit weit und qualitativ unter jener der gesamten Bundesrepublik.<sup>48</sup> Hier zeigen sich strukturelle Defizite der grenzüberschreitenden Kooperation, aber auch regionalisierte Entwicklungsmöglichkeiten der Zukunft für die Wirtschaftsbeziehungen des Landes vor allem im Ostseeraum, der sich vor der Krise und sicherlich auch künftig durch eine besondere Wirtschaftsdynamik auszeichnet, und rund um das grenznahe Zentrum Szczecin.

Auch wenn die statistischen Angaben nur eingeschränkt Rückschlüsse auf die direkte außenwirtschaftliche Vernetzung Rolle Mecklenburg-Vorpommerns zulassen, zeigt sich eine Konzentration auf die EU und den weiteren Ostseeraum, deren wirtschaftliche Kooperationspotenziale für das Land jedoch bei weitem nicht ausgeschöpft sein dürften, sowie die Bedeutung seiner Häfen, anderen Grenzübergangstellen und Infrastruktur als eine gewisse Drehscheibe der bundesdeutschen Wirtschaftszusammenarbeit in der EU und in der Ostseeregion:

*Ausfuhr Mecklenburg-Vorpommern 2008 nach Ländern<sup>49</sup>*

	Mill. Euro (gerundet)	Prozent (gerundet)
Gesamt	5973	100
Europa	4532	75,9
davon EU	3646	61,0
Dänemark	358	6,0
Estland	16	0,3
Finnland	126	2,1
Lettland	9	0,15
Litauen	18	0,3
Polen	286	4,8
Schweden	293	4,9

<sup>44</sup> Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 2009, S. 27

<sup>45</sup> ebenda, S. 26

<sup>46</sup> ebenda, S. 252; Das Internetportal des Landes ([www.mecklenburg-vorpommern.eu](http://www.mecklenburg-vorpommern.eu)) problematisiert und differenziert diese Tatsache nicht. Es umgeht das Problem damit, dass es nicht vom Außenhandel Mecklenburg-Vorpommerns, sondern vom „Außenhandel in Mecklenburg-Vorpommern spricht.

<sup>47</sup> Statistisches Jahrbuch 2009, S. 23

<sup>48</sup> siehe ebenda, S. 466 - 470

<sup>49</sup> berechnet nach: ebenda, S. 257

Norwegen	194	3,2
Russland	462	7,7
<hr/> Ostseeraum ges.	<hr/> 1762	<hr/> 29,5

*Einfuhr Mecklenburg-Vorpommern 2008 nach Ländern<sup>50</sup>*

	Mill. Euro (gerundet)	Prozent (gerundet)
Gesamt	4383	100
Europa	3730	85,1
davon EU	3125	71,3
Dänemark	550	12,5
Estland	16	0,4
Finnland	297	6,8
Lettland	9	0,2
Litauen	58	1,3
Polen	362	8,3
Schweden	208	4,7
Norwegen	74	1,7
Russland	361	8,2
<hr/> Ostseeraum ges.	<hr/> 1935	<hr/> 44,1

*Anteil der EU und der Länder im Ostseeraum an der Aus- und Einfuhr von Mecklenburg-Vorpommern 2008<sup>51</sup>*

	Prozent (gerundet)
EU	65,4
Dänemark	8,8
Estland	0,3
Finnland	4,1
Lettland	0,2
Litauen	0,7
Polen	6,3
Schweden	4,8
Norwegen	2,6
Russland	7,9
<hr/> Ostseeraum ges.	<hr/> 35,8

Besondere Möglichkeiten regionaler Wirtschaftsverknüpfung, wissenschaftlich-technologischer und kultureller Zusammenarbeit bietet der Ostseeraum für Mecklenburg-Vorpommern durch die wirtschaftliche Dynamik der Anrainerstaaten, den wirtschaftlichen und sozialen Nachholbedarf in Polen, den baltischen Ländern und Russland, die vergleichsweise erfolgreiche Verbindung relativ hoher Sozialstaatsorientierungen,

<sup>50</sup> berechnet nach: ebenda, S. 258

<sup>51</sup> berechnet nach: ebenda, S. 259

wirtschaftlicher Entwicklung und beispielhafter bildungs- und hochschulpolitischer Ergebnisse in den skandinavischen Staaten und Finnland, der kostengünstige und vergleichsweise umweltfreundliche Transport über die Ostsee, die gemeinsamen ökologischen Interessen sowie die Potenziale fortwirkender jahrhundertealter und neu entstehender kultureller Gemeinsamkeiten. Dänemark nimmt im gesamten Außenhandel des Landes den ersten Platz mit einem Anteil von 8,8 Prozent aller Ex- und Importe vor Russland mit 7,9 Prozent ein, Schweden folgt hinter den Niederlanden und Großbritannien auf Platz fünf (4,8 Prozent)<sup>52</sup>. Während die Ausfuhren Mecklenburg-Vorpommerns von 1995 bis 2008 auf etwas mehr als das Vierfache (auf rund 430 Prozent) stiegen, wuchsen sie nach Dänemark auf mehr als das Fünffache, nach Estland fast auf das Sechsfache, nach Finnland auf fast das Achtfache, nach Polen auf rund das Siebenfache, nach Schweden um mehr als das Fünfeinhalbfache und nach Norwegen sogar um fast das Zwölffache<sup>53</sup>. Auch wenn sich der Export nach Russland 2008 gegenüber 2007 mehr als verdoppelte, zeigen sich im Handel mit diesem Partner jedoch große jährliche und konjunkturelle Schwankungen, ein geringes Niveau nachhaltiger industrieller Zusammenarbeit sowie in der Einfuhr eine eindeutige Dominanz von Rohstoffen und Halbwaren, im Export, zum Teil auch mit skandinavischen Staaten, eine einseitige Abhängigkeit von einzelnen Großaufträgen, vor allem im Schiffbau.

Trotz vieler positiver Einzelbeispiele ist insgesamt für den Außenhandel mit den Partnern in dieser Region und dabei auch für die Ausfuhren Mecklenburg-Vorpommerns gegenwärtig vielfach eine überproportionale Rolle von Produkten der Ernährungswirtschaft sowie von Rohstoffen und Halbwaren<sup>54</sup> charakteristisch, die in dieser Weise für entwickelte Volkswirtschaften und vor allem eine entwickelte grenzüberschreitende regionale wirtschaftliche Kooperation nicht typisch ist. Hierbei handelt es sich, insbesondere bei den Produkten der Ernährungswirtschaft, um Stärken, die erhalten bleiben müssen. Auch wenn natürlich bei Produkten der Ernährungswirtschaft, Schnittholz und anderen Halbwaren die kurzen und günstigen Transportwege sowie die aktuelle Wirtschaftsstruktur Mecklenburg-Vorpommerns eine besondere Rolle spielen, ist die Gesamtstruktur des Außenhandels des Landes mit den Staaten des Ostseeraumes aber auch Ausdruck dafür, dass grenzüberschreitende regionale Arbeitsteilung und Kooperation von Industrie und anderen gewerblicher Wirtschaft noch große künftige Entwicklungschance bergen. Außerordentlich gering ist die Außenwirtschaftskooperation mit den baltischen Republiken Estland und Lettland, und das sowohl hinsichtlich des Außenhandelsumsatzes im allgemeinen als auch der industriellen und anderen gewerblichen Zusammenarbeit im besonderen (das gilt auch für Litauen). Im Gegensatz zur gesamten Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, die der große Profiteur der EU-Erweiterung ist, ist die Handelsbilanz Mecklenburg-Vorpommerns als Ausdruck struktureller Rückstände mit den neuen EU-Ländern defizitär (Exporte: 505 Mill. Euro, Importe: 596 Mill. Euro; Gleiches gilt für die Außenwirtschaftsbeziehungen im Ostseeraum<sup>55</sup>; die Gesamtaußenhandelsbilanz Mecklenburg-Vorpommerns dagegen weist einen Überschuss von mehr als anderthalb Milliarden Euro auf<sup>56</sup>). Während das Potenzial traditioneller Außenhandelsbeziehungen von Lieferungen und Bezügen begrenzt und ein Nullsummenspiel ist (was der eine gewinnt, verliert der andere) sowie zur einseitigen und für andere Staaten äußerst problematischen Dominanz der deutschen Exportwirtschaft in der EU beiträgt, sind kooperative Außenwirtschaftsbeziehungen gegenseitig vorteilhaft, nachhaltig entwicklungsfähig und können ökologisch und beschäftigungspolitisch vorteilhafte regionalisierte Wirtschaftskreisläufe fördern. Die Linke wird eine solche Entwicklung

---

<sup>52</sup> berechnet nach: ebenda, S. 257 - 258

<sup>53</sup> berechnet nach: ebenda, S. 257

<sup>54</sup> Vor allem Schnittholz, mineralische Baustoffe, Mineralölerzeugnisse, Düngemittel und chemische Halbwaren

<sup>55</sup> siehe oben

<sup>56</sup> berechnet nach: Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 2009, S. 257 - 258

politisch unterstützen und von der Europäischen Kommission und der Bundesregierung in den neuen Förderperioden die Ausrichtung von Förderprogrammen darauf fordern.

*Ein- und Ausfuhr Mecklenburg-Vorpommerns nach Wirtschaftszweigen 2008 in Prozent (gerundet, zu 100 Prozent Fehlendes: Sonstiges)<sup>57</sup>*

	Ausfuhr	Einfuhr
Insgesamt	100	100
Ernährungswirtschaft	24,9	16,7
Rohstoffe	1,4	8,2
Halbwaren	7,8	16,7
Vorerzeugnisse	7,0	14,6
Enderzeugnisse	54,5	35,3

*Struktur der Ausfuhr Mecklenburg-Vorpommerns in Prozent (gerundet, zu 100 Prozent Fehlendes: Sonstiges)<sup>58</sup>*

	Ernährungswirtschaft	Rohstoffe	Halbwaren	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
Gesamt	24,9	1,4	7,8	7,0	54,5
EU	23,3	1,8	10,9	7,5	50,2
Dänemark	29,2	5,0	28,3	4,5	23,9
Estland	70,6	0,1	7,8	4,1	10,2
Finnland	18,7	8,6	29,3	9,6	26,6
Lettland	48,4	-	1,4	27,8	15,1
Litauen	49,3	1,1	2,0	17,6	22,7
Polen	26,1	0,5	9,7	7,7	48,8
Schweden	21,6	10,4	24,2	8,0	28,6
Norwegen	19,6	0,7	8,1	7,2	64,3
Russland	15,5	-	0,2	6,1	78,2

*Struktur der Einfuhr Mecklenburg-Vorpommerns in Prozent (gerundet, zu 100 Prozent Fehlendes: Sonstiges)<sup>59</sup>*

	Ernährungswirtschaft	Rohstoffe	Halbwaren	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
Gesamt	16,7	8,2	16,7	14,7	35,3
EU	18,9	3,2	16,6	16,1	33,2
Dänemark	20,5	2,7	24,3	7,5	32,6
Estland	19,7	26,4	25,1	11,2	6,2
Finnland	1,0	0,1	0,7	64,3	22,5
Lettland	59,2	-	1,5	2,6	6,9
Litauen	11,0	-	56,7	0,1	23,5
Polen	34,1	1,6	14,4	9,3	28,8
Schweden	10,0	13,8	46,8	5,8	11,7
Norwegen	22,0	9,8	2,9	42,2	23,1
Russland	1,1	54,5	32,0	11,7	0,7

Im Tourismus, der für Mecklenburg-Vorpommern eine wirtschaftlich und beschäftigungspolitisch besonders große Rolle spielt, hat das Land in den vergangenen Jahren einen Spitzenplatz in der Bundesrepublik erreicht. Der Anteil ausländischer Touristen und ihre Verweildauer sind jedoch die eigentlichen Reserven für seine weitere Perspektive. Während Gäste aus Deutschland mehr als 95 Prozent ausmachten, entfielen in den Beherbergungsstätten auf Gäste aus anderen europäischen Staaten nur rund vier Prozent<sup>60</sup>, deren durchschnittliche Aufenthaltsdauer deutlich unter der von Gästen aus Deutschland lag (2,7

<sup>57</sup> berechnet nach: ebenda

<sup>58</sup> berechnet nach: ebenda, S. 257

<sup>59</sup> berechnet nach: ebenda, S. 258

<sup>60</sup> berechnet nach: ebenda, S. 264

Tage bzw. 4,2 Tage<sup>61</sup>). Auf den Campingplätzen waren die Relationen ähnlich. Fast sechzig Prozent der europäischen Gäste kamen aus den Ländern des Ostseeraumes. Es ist nicht nur die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus für Mecklenburg-Vorpommern, sondern auch seine Rolle, menschliche Kontakte und kulturelle Beziehungen mit den Nachbarländern auszubauen und die Kenntnisse über die reiche Geschichte, Kultur, Kunst und Natur unseres Landes zu verbessern, weshalb die Linke in einer langfristigen Förderung des Auslandstourismus, insbesondere aus den Nachbarstaaten, und der dafür notwendigen Bedingungen (Qualität und Komplexität der Angebote, Sprachkompetenzen, Kooperation der Kommunen, Landkreise, kulturellen und Umwelteinrichtungen und Initiativen, touristischen Unternehmen und ihrer Organisationen, grenzüberschreitenden Kooperation vor allem mit Polen, wie sie in der Euroregion POMERANIA bereits praktiziert wird, Verkehrsinfrastruktur) eine große Chance für die Entwicklung in unserem Land sieht. Insbesondere solche modernen Formen der Zusammenarbeit im Land und mit den Nachbarstaaten müssen fortgesetzt und intensiver von der Landespolitik unterstützt werden. Auf diesem Wege sehen wir Synergieeffekte mit den touristischen Angeboten in den Nachbarländern ebenso wie zwischen dem ohnehin gut entwickelten Ostseetourismus und dem Tourismus im Landesinneren Mecklenburg-Vorpommerns, der gerade unter den Gesichtspunkten von Kultur-, Bildungs-, Natur- und Gesundheitstourismus über große Potenziale verfügt. Da der Schwerpunkt und die wichtige Reserven im Auslandstourismus und seine Bedeutung für die Entwicklung grenzübergreifender Beziehungen zwischen den Menschen, für Kultur, Bildung und Wirtschaft gerade in der Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten liegen, wird die Linke die weitere Fortschreibung, eine Verstetigung und den Ausbau der entsprechenden und erfolgreichen Bemühungen der Euroregion POMERANIA bis 2020 und darüber hinaus auf der Grundlage des „Grenzüberschreitenden Entwicklungs- & Handlungskonzeptes der Euroregion POMERANIA für den Zeitraum 2007 – 2013 (EHK)“<sup>62</sup> aktiv unterstützen und seine Grundprinzipien der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der Vernetzung von touristischen Angeboten für die gesamte tourismuspolitische Landespolitik anwenden.

\*\*\*

Ein seiner Geschichte, Kultur, seiner menschlichen, natürlichen, wirtschaftlichen und sozialen Stärken und Entwicklungserfordernisse bewusstes Bundesland,

welt- und europaoffen,

engagiert für eine soziale, demokratische und friedliche Europäische Union, die weitere europäische Einigung sowie eine enge, strategische Partnerschaft mit Russland,

ein Motor umfassender Zusammenarbeit und Vernetzung im Ostseeraum und insbesondere mit Polen,

entschieden gegen jede Form von Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus -

das ist unser Leitbild für ein europäisches Mecklenburg-Vorpommern.

---

<sup>61</sup> ebenda

31 Euroregion POMERANIA,, a.a.O., S. 50 - 54